

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Marina Hanke, BA (SPÖ), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Mag. Berivan Aslan (GRÜNE), Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE), David Ellensohn (GRÜNE), Mag. Caroline Hungerländer (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) zu Post Nr. 7 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 19.02.2025.

Solidarität mit der Ukraine 3 Jahre nach Kriegsbeginn

Am 24. Februar 2022 passierte das, was viele in unserer Zeit nicht mehr für möglich gehalten hatten: Es brach ein Krieg auf europäischem Boden aus und die Zeit des Friedens war zu Ende. Russland marschierte in einem brutalen und rechtswidrigen Angriffskrieg in die Ukraine ein und wollte sie gewaltsam unter seine Kontrolle bringen. Tausende haben seither ihr Leben verloren, Millionen sind zu Flüchtlingen geworden, Städte liegen in Trümmern. Die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und Souveränität eines friedlichen Staates wurde mit Füßen getreten. Die Welt hat in Erschütterung und Entsetzen zugesehen, wie eine Nation um ihre Existenz kämpft.

Seither verteidigt die Ukraine mit ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit nicht nur ihre eigene, sondern auch unsere Freiheit und Sicherheit. Denn der russische Angriff richtet sich nicht nur gegen die Ukraine und ihr Recht, ihre politische Zukunft selbst zu gestalten, sondern auch gegen unsere Werte der Demokratie und des Rechtsstaats. Die Ukraine kämpft seit 3 Jahren für unsere Idee von Europa.

Die Europäische Union hat in dieser Krise Entschlossenheit gezeigt, indem sie durch

Sanktionen und Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine Stellung bezog. Diese solidarische Haltung ist ein Zeichen dafür, wie Krisen die Gemeinschaft stärken und zu einem engeren Zusammenhalt führen können. Nach drei Jahren spürt die russische Wirtschaft die vollen Auswirkungen der internationalen Sanktionen und setzt Russland unter Druck. Die Auswirkungen des Kriegs sind jedoch weitreichend und die globalen Herausforderungen steigen. Die Bemühungen von Präsident Trump einen „Deal“ mit Russland für einen Waffenstillstand auszuhandeln, lassen in Europa Besorgnis aufkommen. Russische Interessen dürfen nicht im Vordergrund stehen. Die Ukraine allein kann über ihr eigenes Schicksal entscheiden und Europa muss ihr dabei zur Seite stehen.

Die Stadt Wien hat seit Beginn der Ankunft von zahlreichen hilfs- und schutzbedürftigen Menschen aus der Ukraine umgehend reagiert und die entsprechenden Strukturen für eine sofortige Erstversorgung sichergestellt. Darüber hinaus wurden Anstrengungen unternommen ukrainische Kinder in das Wiener Bildungssystem sowie in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Hilfsbeiträge zur Linderung der humanitären Krise in der Ukraine beschlossen.

Frieden kann nur gemeinsam erreicht werden. Und das heißt: mit der Ukraine und mit den Europäern gemeinsam. Es darf nichts über die Ukraine entschieden werden, ohne diese einzubinden. Dafür braucht es ein geeintes Europa, das selbstbewusst gegenüber den USA und Russland auftritt.

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat drückt seine unerschütterliche Solidarität mit der Ukraine aus.

Der Gemeinderat fordert den Bundeskanzler dazu auf, sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die EU bei künftigen Friedensverhandlungen stark und mit geeinter Stimme auftritt.

Der Gemeinderat bringt außerdem seine Überzeugung zum Ausdruck, dass Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges nur mit Einbindung der Ukraine und der Europäischen Union passieren können und nichts über die Ukraine ohne die Ukraine entschieden werden darf.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

18.02.2025